stück zu Köhler: Ein Mann, der eher auf den Golfplatz als auf die Ringermatte passen würde. Nach dem Florida-Urlaub ist seine Frisur noch blonder als sonst. Doch die Erholung durfte nicht lang währen.

Zu den Untersuchungen gegen Köhler will er nichts sagen. Aber zu den Folgen kann er nicht schweigen. Gassen sorgt sich um die Zukunft seiner Organisation. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht ständig nur als Verhinderer gesehen werden“, sagt er. „Die Politik greift immer häufiger in unsere Arbeit ein. Ich Sorge mich um unsere Unabhängigkeit.“

Dass die Kassenärzte-Vereinigungen angesichts ihrer Skandale und Dauerlehden „nicht mehr handlungsfähig sind“, attestieren auch Beamte im CDU-geführten Gesundheitsministerium. In diesem August setzten sie ein Gesetz in Kraft, dass die KVen schleichend entmachtet. Die Verteilung der Arztstize will die Große Koalition nicht mehr nur den Lobbyisten überlassen.

So will die Bundesregierung Praxen in überversorgten Gebieten schließen lassen. Die KVen sind verpflichtet, sie aufzukaufen, wenn der Inhaber in Rente geht. Dafür sollen neue entstehen, wo sie wirklich gebraucht werden. Und auf dem Land dürfen künftig auch Bürgermeister Arztzentren gründen, ohne die KVen darum zu bitten. „Es gibt einen Grundkonflikt: Jeder Kommune ist daran gelegen, dass ihre Bürger gut mit Praxen versorgt sind. Der KV ist es im Zweifel wichtiger, dass die Ärzte sich nicht ins Gehege kommen“, sagt Georg Nüßlein, Vizechef der Unionstraktion im Bundestag.

Dass die Arztstize derzeit klug verteilt wären, findet nicht einmal Gassen. „Ein niedergelassener Arzt ist ein Freiberufler. Er wird nur dort eine Praxis eröffnen, wo es sich lohnt. Sonst ist er pleite“, sagt er.

Die Fehlanreize dieses Systems, das die Ärzte selbst steuern, lassen sich am besten in Berlin besichtigen. Im gut situierten Charlottenburg-Wilmersdorf gibt es fast doppelt so viele Hausärzte wie nach der offiziellen Statistik nötig, die Zahl der Psychotherapeuten übersteigt die Vorgabe um mehr als das Fünffache. Doch wer in einem Plattenbau in Lichtenberg wohnt, muss zum Arztbesuch lange fahren. Die Zahl der Therapeuten liegt weit unter Plan.

Die KV-Funktionäre allein fanden keine Lösung. Sie waren wieder einmal mit sich beschäftigt. Seit vier Jahren streiten die Berliner Mediziner erbittert mit ihrem Vorstand. Die drei Chets der Vereinigung hatten sich im Januar 2011 eine Zahlung von jeweils 183 000 Euro genehmigen lassen. Sie verwiesen auf ihre Verträge, die ihnen – sobald sie aus dem Vorstand ausscheiden und wieder hauptberuflich in der Praxis arbeiten sollten – ein Übergangsgeld zusicherten. Allerdings haben die Funktionäre ihr Amt niemals aufgegeben.

Die Staatsanwaltschaft hat den KV-Vorstand deshalb angeklagt. Der Verdacht lautet: Untreue. Voraussichtlich im kommenden Jahr will das Landgericht den Fall verhandeln. So lange wird der Streit schweigen, die Vorstände saßen jede Rücktrittsforderung aus.

Im Februar war der letzte Abwahlversuch der ärztlichen Vollversammlung gescheitert. Zwar votierte die Mehrheit für die Absetzung, doch die nötige Zweidrittelmarke fehlte. Vor allem die Fachärzte hatten sich gesperrt.

Von einem „vergifteten Verhältnis“ zwischen Vorstand und Vollversammlung sprach die Vorsitzende des Kontrollgremiums in der nicht-öffentlichen Sitzung. Und der Zwiist hält an. Im April schrieb der Personalrat der KV einen offenen Brief. Mitarbeiter beschwerten sich, die Auseinandersetzung werde auf ihrem Rücken ausgetragen. „Lassen Sie nicht zu, dass in nerärztliche Auseinandersetzungen die Verwaltung lähmen und Angestellte zum Spielball divergierender Interessen werden“, heißt es in dem Schreiben.

Inzwischen verliert auch die Politik die Geduld mit den Funktionären in Weiß. So-

Die Selbstverwaltung der Mediziner droht zu einer neuen Art von Selbstbedienunng zu werden.

zialesxperten der Union verdrehen vielsagend die Augen, wenn die Rede auf die Skandale der KVen kommt, und fordern strengere Kontrollen. Die SPD denkt derweil wieder darüber nach, die Vereinigungen einfach abzuschaffen. „Wir haben immer schon gesagt, dass wir die KVen auflösen sollten“, sagt Hilde Mattheis, Gesundheitsexpertin der Bundestagsfraktion. „Bei der Sicherstellung der Versorgung haben sie versagt.“

Sogar im eigenen Lager gibt es inzwischen Absatzbewegungen. Schon die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hatte gegen den Widerstand der Medizinlobby durchgehboxt, dass auch andere Ärzteverbände Verträge mit Krankenkassen aushandeln dürfen. Noch nicht einmal für die Abrechnung sind die Kassenärztlichen Vereinigungen dann noch nötig. Seither bröckelt ihr Monopol.

Die Hausärzte beispielsweise setzen mit einem eigenen Verband auf diese Weise schon heute knapp eine Milliarde Euro jährlich um, ganz ohne die KVen. Und ihr Zulauf wächst.

Andreas Gassen ist auf die Zukunft gut vorbereitet. Seine Praxis nahe der Düsseldorf Ko hat er nicht aufgegeben.

Man weiß ja nie, was kommt.